

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Ercheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement

vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Boten,
sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

27. Jahrgang.

N. 9.

Dienstag, den 20. Januar

1880.

Bekanntmachung.

Vom Reichs-Gesetzblatte ist das 1. Stück vom laufenden Jahre erschienen.
Dasselbe enthält unter Nr. 1355: Verordnung zur Verhütung des Zusammen-
stoßens der Schiffe auf See; vom 7. Januar 1880. Nr. 1356: Erklärung, be-
treffend den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom
16. Dezember 1878; vom 31. Dezember 1879. Nr. 1357: Bekanntmachung, be-
treffend die Fortdauer des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Belgien;

vom 31. Dezember 1879. Nr. 1358: Bekanntmachung, betreffend die Fortdauer
des Handels- und Zollvertrages zwischen Deutschland und der Schweiz; vom 31. De-
zember 1879 und liegt an Rathsstelle zu Jedermanns Einsichtnahme aus.
Eibenstock, am 16. Januar 1880.

Der Stadtrath.
Röse.

Der „Augustenburger“ †.

Unsere schnelllebende Zeit vergift sehr leicht. Der deutsche Einheitsgedanke, dem unsere Dichter nach den Freiheitskriegen ihre schönsten Lieder widmeten, trat mit dem Jahre 1864 in das Stadium der Ausführung. Die Anfänge der Entwicklung der politischen Einheit Deutschlands aber sind heute fast schon der Vergessenheit anheimgefallen; der in voriger Woche erfolgte Tod des „Augustenburger“ hat die Erinnerungen daran wieder wachgerufen. Der zukünftige Geschichtschreiber wird die Spanne Zeit vom Februar bis zum August 1864 zu den demütigsten und folgenreichsten Perioden der neueren Geschichte rechnen und deshalb verlohnt es sich wohl auch für uns, dieselbe an unserm geistigen Auge nochmals vorüberziehen zu lassen.

Unser großes deutsches Vaterland lag in schmählicher Zersplitterung darnieder; das Band, welches seine Bundesstaaten umschlang, war ein fast nur ideales, vom Volksbewußtsein getragenes; der Bundestag trüb-
seligen Andenkens war die einzige politische Corporation, die die deutsche Zusammengehörigkeit repräsentierte. Der Tod des Königs Christian VIII. von Dänemark machte die Einheitsidee im deutschen Volke wieder mächtig an, denn durch diese kam die Erbfolgefrage in den Erb-
herzogthümern in Fluss. In der Proklamirung des „Königs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein“ gipfelt jene Politik, welche unsere deutschen Zustände in den fünfziger und Anfangs der sechziger Jahre beherrscht hatte.

Diese Politik glaubte ihre Ziele durch die Macht der Begeisterung erreichen zu können. Daß diese Begeisterung nicht hinreichte, selbst dem kleinen Dänemark gegenüber dem Augustenburger nicht zu einem Thron und den Schleswig-Holsteinern nicht zur Unabhängigkeit von Dänemark verhelfen zu können, sah man freilich ein; über die große Mehrzahl legte sich die Sache so zurecht, daß Preußen und Oesterreich nur die Verpflichtung hätten, die augenblicklichen Wünsche des Volkes zur Erfüllung zu bringen und nachdem dies geschehen, ihr Mandat einfach niederzulegen.

Gegenüber dieser ganz unklaren Stimmung — denn Politik kann man so etwas kaum nennen — zeigte in Deutschland allein der jetzige Reichskanzler, der damals kaum an das preussische Staatsruder gelangt war, den großen Blick und die Voraussicht des Staatsmannes. Er setzte an die Stelle der Gefühlspolitik die Politik „mit Blut und Eisen“, welche von 1864 bis 1871 die Geschichte Deutschlands gänzlich umgestaltete.

Während der damalige Herr von Bismarck die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in seinem Sinne betrieb, hielt der Augustenburger in Kiel Hof und nahm die Huldigungen des Landadels und der andern Stände entgegen. Er wäre auch der Regent des Landes geworden, wenn er sich den ihm von Preußen gestellten Bedingungen gefügt hätte. Der Erbprinz that dies nicht und damit entsagte er seiner politischen Laufbahn; die schleswig-holsteinische Frage aber wurde der Ausgangspunkt für die politische Einigung, für die heutige Machtstellung Deutschlands.

Am 15. d. M. starb der Augustenburger, nachdem er schon lange zuvor aufgehört hatte, eine politische Rolle zu spielen; er war einer von den wenigen durch die Neugestaltung Deutschlands beeinträchtigten Fürsten,

welche den stärkeren Verhältnissen Rechnung trugen; ja in den letzten Jahren lebte er sogar in ziemlich gutem Einvernehmen mit dem preussischen Hofe.

Wenn dem nun Verstorbenen auch im Leben die-
jenigen hervorragenden Eigenschaften abgingen, die bei einem Fürsten vorausgesetzt werden mußten, der ein bis dahin unter Fremdherrschaft gewesenes Land wieder hätte auch geistig zurückerobert müssen, so war er doch ein ehrlicher braver Deutscher von echt fürstlicher Gesinnung. Die letztere spricht sich sehr schön in dem Protest aus, den er gegen die Annexion der Erb-
herzogthümer durch Preußen erließ und in welchem es heißt:

„Aber ich vermag den Standpunkt zu fassen, welcher die Zukunft Deutschlands lediglich auf Preußens militärische Macht gründen zu müssen, und wenn es gelingt, auf diesem Wege unser deutsches Vaterland zu einem dauernden Zustande der Einheit, der Freiheit und Macht zu führen, dann wird jedes Einzelinteresse sich freudig dem Wohle des Ganzen zum Opfer bringen.“

Hier spricht ein Fürst, der sein vermeintlich gutes Recht dem Wohle des Staates ganz opfert und diese Haltung hat der Erbprinz von Augustenburg auch getreu bewahrt. Die Nachricht von seinem Tode hat die Sympathien für den fast vergessenen Mann wieder erweckt, Sympathien, die anfänglich seiner Person galten, in der man die Befreiung des „verlassenen Bundesstaates“ symbolisirt glaubte, die später aber der durchaus correcten und würdigen, schon gekennzeichneten Haltung des Erbprinzen gegolten wurde.

Tagesgeschichte.

— Berlin. Bezüglich der Meldung in den Zeitungen, betreffend einen Vorfall zwischen russischen und preussischen Offizieren in Kalisch, bringt die „Nationalzeitung“ ein Telegramm des Generalcommando des fünften Armeecorps in Posen, wonach der gemeldete angebliche, zu Thätlichkeiten verschärfte Conflict bei einem Gastmahl durchweg auf Erfindung beruht und nichts dem Aehnlichen vorgekommen ist. Der Widerruf der Meldung wird erbeten. — Wenn man diese Zeilen liest, muß es auffällig erscheinen, daß drei angefehene deutsche Zeitungen gleichzeitig eine Angelegenheit zu berichten wußten, die nach obiger Meldung nur auf Erfindung beruhen soll. Ist dem wirklich so, so soll es uns um so angenehmer sein.

— Köln. Unsere Stadt ist mit dem Carneval so eng verwachsen, daß die Kunde von dem Ausfalle des großen Maskenzuges am sogenannten Rosenmontage jedenfalls mit Verwunderung aufgenommen wird, und doch steht es so. Die Bürgerschaft klagt über schlechte Geschäfte; die Geldaristokratie zieht sich zurück, und da vollends die Väter der Stadt die Bitte des „Kleinen Rathes“ der großen Carnevalsgesellschaft um einen Zuschuß von 1500 M. ablehnend beschieden haben, werden die Projekte für den Festzug ins Wasser fallen. Die Geschäftsleute sind über diese unerwartete Wandlung der Verhältnisse erbittert, da denselben für die Fastnachtstage eine ergiebige Einnahmequelle verstopft wird. Andere begrüßen mit Freuden den Ausfall des großen Carnevalszuges.

— Köslin. Die Entdeckung von nicht weniger

als drei Verbindungen unter den hiesigen Gymnastikern führte am 10. ds., wie die „Danz. Btg.“ von hier meldet, zu einer Konferenz des Lehrerkollegiums, die sich mit der Untersuchung dieses Vorfalles zu befassen hatte. Den Gymnastikern, welche in die Affaire verwickelt waren, hatte man während dessen ein Klassenzimmer angewiesen, wo sie ihr Urtheil erwarten sollten. In dieser Untersuchungshaus hatten sie sich Spirituosen zu verschaffen gewußt, und nachdem sie das ihnen zugetheilte Zimmer mit Dintenfassern und in noch ärgerer Weise verunreinigt hatten, begaben sich die Musterknaben in angetrunkenem Zustande, mit Cerise- und farbigen Bänder angethan, vor das Konferenzzimmer, das sie in förmlichen Belagerungszustand versetzten, bei welcher Gelegenheit es auch zu Insultirungen der Lehrer gekommen sein soll. Vier Hauptschuldige wurden von der Lehranstalt verwiesen, die Uebrigen mit harter Strafe. Nach Schluß der Konferenz wurde einer der Lehrer von den „Geschwornen“ verfolgt, so daß er flüchten mußte, um thätlichen Beleidigungen zu entgehen. Unter den Entlassenen befindet sich auch der Sohn eines am hiesigen Gymnasium angestellten Professors.

— Bern. Mit dem 10. Januar ist, wie dem „Vaterland“ gemeldet wird, der Nichtstoll des großen Gotthardtunnels bis zu dem Fragment von 350 m durchschlagen. Nachdem nunmehr auch auf der östlichen Seite die Arbeiten wieder auf normalem, d. h. hartem, günstigem Gestein gestossen sind, machen die Fortschritte wieder ihren kontinuierlichen Verlauf beiderseitig. Der normale tägliche Vorstoß beziffert sich auf 6 bis 8 m. Nehmen wir nun das Mittel der Tagesresultate an, so ergibt es 7 m. Wenn nun, wie die Geologen sagen, und wie selbst die bisherigen Erfahrungen constatiren, das noch zu bewältigende Massiv ein compactes, also positiv günstiges, festes Gestein ist, so können wir mit mathematischer Sicherheit in fünfzig Tagen oder am 29. Februar d. J. die endliche Durchbohrung des großen Gotthardtunnels erwarten.

— Gegenüber den Besorgnissen und Schlüssen, welche durch die russischen Truppen-Ansammlungen in der Nähe der deutschen Grenze hervorgerufen sind, erklärt der „russische Invalide“, daß alle Meldungen über Kriegsvorbereitungen seitens Rußlands vollständig aus der Luft gegriffen sind und den guten Beziehungen durchaus nicht entsprechen, welche Rußland zu allen Mächten unterhält.

— In Pest wiederholen sich die Grabsälle wegen des Duells Berhováj-Rajthenyi noch allabendlich. Von eingeweihter Seite wird allerdings davor gewarnt, der Sache eine zu hohe Wichtigkeit beizulegen, denn in Ungarn seien die Tumulte von je her an der Tagesordnung. Indessen sind tägliche Zusammenrottungen, bei denen es täglich Todte und Verwundete giebt, immerhin eine beachtenswerthe Erscheinung. — Der Kaiser Franz Joseph läßt über des verwundeten Redacteur Berhováj's Befinden Erkundigungen einziehen; die Theilnahme von allerhöchster Stelle giebt zu der Hoffnung Grund, daß das Beamtenhum Ungarns eine gründliche Säuberung erfahren wird. — Eine offiziöse Meldung aus Pest besagt, daß sozialistische Elemente daselbst ihre Hand im Spiele hätten. Die Journale ohne Unterschied der Parteistellung verurtheilen die Tumulte und mahnen zur Ruhe.